



POSTANSCHRIFT Bundesministerium der Finanzen, 11016 Berlin

Oberste Bundesbehörden
- je 10-fach -

MD Peter Mießen
Leiter der Haushaltsabteilung

HAUSANSCHRIFT Wilhelmstraße 97, 10117 Berlin

TEL +49 (0) 30 18 682-4468

FAX +49 (0) 30 18 682-3489

E-MAIL Peter.Miessen@bmf.bund.de

DATUM 5. Januar 2011

BETREFF **Verfahrenshinweise für die Aufstellung des Bundeshaushalts 2012 und des neuen Finanzplans 2011 bis 2015 im Top-down-Verfahren**

BEZUG Rundschreiben an die Obersten Bundesbehörden (Leiterinnen/Leiter der Haushaltsabteilungen) vom 20. September 2010
- II A 1 - H 1105/0 :001

ANLAGEN 13

GZ **II A 1 - H 1105/10/10005 :001**

DOK **2011/0001373**

(bei Antwort bitte GZ und DOK angeben)

Das Bundeskabinett hat in seiner Sitzung am 7. Juli 2010 anlässlich der Beschlussfassung zum Bundeshaushalt 2011 und zum Finanzplan bis 2014 auch folgendes festgelegt:

„Das regierungsinterne Verfahren zur Aufstellung des Bundeshaushalts 2012 und des Finanzplans des Bundes 2011 bis 2015 erfolgt im Rahmen eines Top-down-Verfahrens. Hierzu wird das Bundeskabinett spätestens Mitte März 2011 auf Vorschlag des Bundesministeriums der Finanzen Eckwerte beschließen, die die Einhaltung der verfassungsrechtlichen Schuldenregel sicherstellen und die verbindliche Grundlage für die weitere Haushaltsaufstellung in den Einzelplänen sind. Mit dieser Maßgabe erfolgt im Anschluss das übliche regierungsinterne Aufstellungsverfahren mit den Haushaltsanmeldungen der Ressorts, das mit dem Beschluss des Bundeskabinetts über den Bundeshaushalt und den Finanzplan seinen Abschluss findet.“

Zukünftig werden also die bilateralen Verhandlungen auf der Grundlage von zuvor vom Bundeskabinett für die Einzelpläne beschlossenen verbindlichen Eckwerten und den darauf aufbauenden Voranschlägen der Ressorts erfolgen. Eine Ausnahme hiervon bilden die in § 28 Absatz 3 BHO genannten Institutionen.

Staatssekretär Gatzert hat in der Runde der beamteten Staatssekretäre am 6. Dezember 2010 mitgeteilt, dass der Eckwertebeschluss sich am Maßstab des geltenden Finanzplans orientieren wird.

Angesichts des engen Zeitrahmens für das sich an den Kabinettsbeschluss zu den Eckwerten anschließende Aufstellungsverfahren bedarf es eines frühzeitigen Beginns der vorbereitenden Arbeiten und eines zügigen Abschlusses der regierungsinternen Haushaltsaufstellung nach dem - für den 16. März 2011 vorgesehenen - Kabinettsbeschluss zu den Eckwerten.

Vor diesem Hintergrund übersende ich Ihnen anliegend bereits jetzt die Verfahrenshinweise, die bei der Erstellung der auf den Eckwerten fußenden Haushaltsvoranschläge zu beachten sind. Ich bitte - insbesondere im Hinblick auf nachgeordnete Bereiche - bereits jetzt sicherzustellen, dass ihre Einhaltung während des weiteren Verfahrens gewährleistet ist.

Ich behalte mir vor, weitergehende Verfahrensregelungen im Anschluss an den im März 2011 zu treffenden Kabinettsbeschluss zu den Eckwerten zum Haushalt 2012 und zum Finanzplan bis 2015 zu übersenden.

Der Termin für die Vorlage der auf der Grundlage des Eckwertebeschlusses zu erstellenden Haushaltsaufstellungsunterlagen (Sach- und Personalhaushalt) wird voraussichtlich in der 16. Kalenderwoche liegen. Der verbindliche Termin wird Ihnen zeitnah zum Kabinettsbeschluss mitgeteilt. Der Termin für die abschließende Kabinettsbefassung zum Bundeshaushalt 2012 und neuen Finanzplan bis 2015 wird - wie in den Vorjahren - Ende Juni/Anfang Juli liegen.

Vorsorglich weise ich darauf hin, dass im Hinblick auf die sehr enge Terminlage für die Erarbeitung der Kabinettsvorlage zum Eckwertebeschluss zwingend sicherzustellen ist, dass in diesem Zusammenhang ggf. erforderliche Informationen kurzfristig von den Haushaltsreferaten der Ressorts an die zuständigen Referate des BMF übermittelt werden.

Damit eine Berücksichtigung der Versorgungsausgaben im Eckwertebeschluss ggf. möglich ist, bitte ich die Höhe und die Herleitung Ihres Ausgabenbedarfs gemäß Ziffer 5 der Anlage 1 meinen Haushaltsreferaten bis zum 28. Januar 2011 vorab mitzuteilen.

Dieses Rundschreiben ist im Intranet des Bundes unter „www.intranet.bund.de >Haushalt > IVBB-Intranetseite: [auf den dortigen Link klicken] > Bundeshaushalt 2012 - 1. Haushaltsaufstellung“ veröffentlicht.



Verfahrenshinweise
für die Aufstellung des Bundeshaushalts 2012 und neuen Finanzplans bis 2015
nach dem Eckwertebeschluss im März 2011

Inhaltsübersicht

Ziffer	Bezeichnung
1.	Anwendung der Haushaltstechnischen Richtlinien des Bundes (HRB)
2.	Grundsatz der Wirtschaftlichkeit bei Einnahmen und Ausgaben
3.	Ausnahmen vom Grundsatz der Gesamtdeckung
4.	Flexibilisierte Ausgaben
5.	Versorgungsausgaben
6.	Dienstkraftfahrzeuge/Geschäftszimmerausstattungen
7.	Ausgaben für die Informationstechnik
8.	Selbstbewirtschaftungsmittel
9.	Veranschlagung von Projekten Öffentlich Privater Partnerschaften - ÖPP-Projekte -
10.	Projektförderung bei Titeln der Hauptgruppen 6 und 8
11.	Zinszuschussförderung und Auszahlung der Fördermittel
12.	Auf die ODA-Quote anrechenbare Maßnahmen
13.	Projekt „Auf- und Ausbau von Kompetenz- und Dienstleistungszentren des Bundes“ (DLZ)
14.	Einheitliches Liegenschaftsmanagement (ELM)
15.	Dokumentation der Sonderabgaben
16.	Beiträge bzw. Zuschüsse an Organisationen, Vereine und Verbände; Zahlungen in fremder Währung
17.	Sondervermögen
18.	Personalhaushalt
19.	Institutionell geförderte Zuwendungsempfänger und entsprechend geförderte Einrichtungen
20.	Technische Hinweise

Hinweis:

Word-/Exceldateien der zu den einzelnen Ziffern nachfolgend genannten Musterformblätter können im Intranet des Bundes herunter geladen werden
(unter > www.intranet.bund.de > Haushalt > IVBB-Intranetseite: [auf den dortigen Link klicken] > Bundeshaushalt 2012 - 1. Haushaltsaufstellung).

1. **Anwendung der Haushaltstechnischen Richtlinien des Bundes**

Grundlage für die Gestaltung der nach dem Eckwertebeschluss vorzulegenden Haushaltsvoranschläge 2012 sind auch für das neue Top-down-Haushaltsaufstellungsverfahren die Haushaltstechnischen Richtlinien des Bundes (HRB) in der mit Rundschreiben vom 15. Dezember 2008 - II A 1 - H 1105/08/10007; DOK 2008/0710120 - veröffentlichten Fassung. Dazu gelten folgende Ausnahmen:

- Abweichend von Ziffer 9.3.2 ist bei der Übersicht der Funktionsplanstellen auf § 1 der Bundesobergrenzenverordnung abzustellen.
- Abweichend von Ziffer 9.9.6 ist in den Voranschlägen ohne Änderung der Spaltenbezeichnung die Ist-Besetzung mit Stand 1. Februar 2011 einzutragen.

2. **Grundsatz der Wirtschaftlichkeit bei Einnahmen und Ausgaben**

Gemäß §§ 7 und 34 BHO sind sowohl bei der Haushaltsaufstellung im Top-down-Verfahren als auch bei der Haushaltsführung die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit zu beachten.

Für **Einnahmen** bedeuten diese Grundsätze u. a., dass in allen Geschäftsbereichen alle möglichen Einnahmeverbesserungen auszuschöpfen und im Aufstellungsverfahren zu berücksichtigen sind. Die Verwaltungseinnahmen sind nach dem voraussichtlichen kassenmäßigen Aufkommen zu veranschlagen. Bei der Ermittlung der Ansätze sind die Ist-Ergebnisse der Vorjahre zu berücksichtigen. Erwartete Einnahmen aus Abfindungen und Erstattungen nach dem Versorgungslastenteilungs-Staatsvertrag sind nicht zu veranschlagen, wenn sie nach Nr. I. 2.3 des gemeinsamen BMI/BMF-Rundschreibens vom 22. Dezember 2010 - D4 - 223 320/3 // ZB3 - P 1617/09/10002-01 - an den Versorgungsfonds abzuführen sind (siehe Haushaltsvermerk zu Titeln 232 57 in den Versorgungskapiteln).

Gebühren und Entgelte sind grundsätzlich kostendeckend festzusetzen; sie müssen in der Regel den personellen und sachlichen Aufwand decken. Nach dem Verwaltungskostengesetz ist im Einzelfall auch eine Gebührenerhebung über den anfallenden Verwaltungsaufwand hinaus möglich, z. B. um den durch die kostenpflichtige Amtshandlung entstehenden Vorteil angemessen zu berücksichtigen. Ggf. erforderliche Rechtsgrundlagen sind zu schaffen (VV Nr. 3.1 zu § 34 BHO) bzw. zu aktualisieren.

Den haushaltsbegründenden Unterlagen ist eine aktuelle Übersicht über die Gebühreneinnahmen nach dem Formblattmuster der **Anlage 10** beizufügen.

Entsprechend den Empfehlungen des Bundesrechnungshofs werden die Übersichten über die Gebühreneinnahmen nach Anlage 10 einer besonderen Prüfung unterzogen. Besonderes Augenmerk wird dabei auf die Frage der Aktualität von Gebührenverordnungen und den Kostendeckungsgrad der Gebühren gerichtet.

Für die **Ausgabenseite** bedeutet der Grundsatz der Wirtschaftlichkeit, dass alle finanzwirksamen Maßnahmen mit angemessenen Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen unterlegt sein müssen. Damit BMF dies entsprechend den Forderungen des Bundesrechnungshofes weiterhin auch im Rahmen des Top-down-Haushaltsaufstellungsverfahrens zumindest stichprobenweise nachvollziehen und hinterfragen kann, sind den haushaltsbegründenden Unterlagen für finanzwirksame Maßnahmen von größerer Bedeutung wie bisher entsprechende Nachweise beizufügen.

3. **Ausnahmen vom Grundsatz der Gesamtdeckung**

Ausnahmen vom Grundsatz der Gesamtdeckung durch Haushaltsvermerk sind grundsätzlich nur unter folgenden Voraussetzungen zulässig:

Zweckbindung

Eine Beschränkung bestimmter Einnahmen auf die Verwendung für bestimmte Zwecke (Zweckbindung) durch Haushaltsvermerk ist nur unter der Voraussetzung zulässig, dass die Mittel von Dritten mit rechtsverbindlicher Verwendungsaufgabe zugewendet werden (insbesondere zweckgebundene Zuschüsse und Erstattungen der Europäischen Union sowie zweckgebundene Mittel wie Spenden, Stiftungen, Erbschaften, Vermächtnisse, Aufträge von Dritten und Bundesbehörden).

Verstärkung

Können überplanmäßige Einnahmen eingehen, ist eine Heranziehung dieser Einnahmen für bestimmte Ausgabetitel durch Ausbringung eines Haushaltsvermerks unter der Voraussetzung zulässig, dass hierdurch eine sparsame und auf Wirtschaftlichkeit orientierte Mittelbewirtschaftung gefördert wird und Anreize zur Erzielung von Mehreinnahmen verstärkt werden.

Auch in den Vorjahren ausgebrachte Zweckbindungs- und Verstärkungsvermerke sind dahingehend zu überprüfen, ob die Voraussetzungen (noch) erfüllt werden. In diesem Zusammenhang ist auch zu prüfen, ob jeweils die für den vorgesehenen Anwendungsfall korrekte Vermerksformulierung gewählt wurde (vgl. Formulierungen Regelfall/Ausnahmefall unter Nr. 5.5 HRB). Dabei ist zu beachten, dass veranschlagte Einnahmen wegen des Grundsatzes eines ausgeglichenen Haushalts nicht zur Deckung von Mehrausgaben verwendet werden können. Die Anwendung des Regelvermerks (Formulierung mit „Mehreinnahmen“) setzt sowohl bei Zweckbindungs- als auch Verstärkungsvermerken ein tatsächliches Mehr gegenüber dem entsprechenden Einnahmesoll voraus.

Rückerstattungen und Erstattungen/Beiträge Dritter (sog. Rotbuchungen)

Im Haushaltsgesetz (§§ 6 und 12) werden auch im Aufstellungsverfahren 2012 generelle Regelungen zu Deckungs- und Verstärkungsmöglichkeiten, zur Zweckbindung und zur Buchung von Rückzahlungen aufgenommen. Daher sind für diese Fälle zusätzliche

Haushaltsvermerke nicht vorzusehen. Für die Ausbringung weitergehender Haushaltsvermerke ist ein strenger Maßstab anzulegen. Ebenfalls nicht vorgesehen sind Regelungen, wonach bei Titeln mit teilweise weit gefasster Zweckbestimmung lediglich undifferenzierte Haushaltsvermerke wie „Erstattungen fließen den Ausgaben zu.“ ausgebracht werden.

4. **Flexibilisierte Ausgaben**

Bei den flexibilisierten Ausgaben gemäß Haushaltsgesetz (§ 5) sind auch für das Top-down-Aufstellungsverfahren folgende Maßgaben zu beachten:

- Obergrenze für die Ausgaben je Kapitel ist die Summe der in die Flexibilisierung einbezogenen Ansätze des geltenden Finanzplans (Stand: 7. Juli 2010: Kabinettsbeschluss), ggf. bereinigt um Mittelumschichtungen zwischen den Kapiteln bzw. Einzelplänen (z. B. infolge Aufgabenübergangs). Neue Flexibilisierungen im Haushalt 2011 sind ebenso zu berücksichtigen wie die Herausnahme von Kapiteln und Titeln aus dem flexibilisierten Ausgabenbereich gemäß Haushaltsgesetz (§ 5). Der notwendigen bedarfsgerechten Veranschlagung der Einzelansätze ist durch Umschichtungen innerhalb der flexibilisierten Ausgaben Rechnung zu tragen.
- Im Rahmen der bedarfsgerechten Veranschlagung sind dabei die sich aus dem Jahresabschluss 2010 ergebenden maximal übertragbaren Ausgaben zu bewerten und zu berücksichtigen. Hierzu ist der Bestand an übertragbaren Ausgaben im Zusammenhang mit den Voranschlägen für den Haushalt 2012 kritisch zu überprüfen und mit den geplanten Neuertätisierungen abzugleichen. Dieser Prüfung kommt angesichts der Entwicklung bei den Ausgaberesten des flexibilisierten Bereichs weiterhin besondere Bedeutung zu. Soweit die Ende 2010 überjährig zur Verfügung stehenden Mittel je Titel die vorgesehenen Soll-Ansätze 2011 um mehr als 10 Prozent übersteigen, ist im Rahmen der Haushaltsverhandlungen die geplante Verwendung dieser Mittel darzulegen. Die Prüfung kann sich dabei grundsätzlich auf Titel mit übertragbaren Ausgaben von mehr als 500 TEUR konzentrieren.
- Besonderes Augenmerk ist auf die Personalausgaben zu richten. Diese sind im Rahmen der o. g. verfügbaren Mittel unter Berücksichtigung etwaiger Ausgabereste bedarfsgerecht zu veranschlagen. Dabei ist bei der Inanspruchnahme von Ausgaberesten für eventuellen Mehrbedarf aufgrund der Tarif- und Besoldungsrunde dieser Betrag zunächst aus dem nichtflexibilisierten Bereich des jeweiligen Einzelplans haushaltsmäßig zu decken. Einzelheiten werden im Haushaltsführungs Rundschreiben für den Haushalt 2012 geregelt.

Bedarfsgerecht zu veranschlagen sind seit dem Haushalt 2009 auch die Zuweisungen an den Versorgungsfonds. Ausgenommen sind Zuweisungen, die aufgrund von Einnahmen aus Abfindungen oder Erstattungen nach dem Versorgungslastenteilungs-Staatsvertrag

für den unter § 14 des Versorgungsrücklagegesetzes fallenden Personenkreis zu leisten sind (siehe Nr. I. 2.3 des gemeinsamen BMI/BMF-Rundschreibens vom 22. Dezember 2010 - D4 - 223 320/3 // ZB3 - P 1617/09/10002-01); diese Zuweisungen können ggf. über den Haushaltsvermerk bei den Einnahmetiteln 232 57 in den Versorgungskapiteln gedeckt werden.

Bedarfsgerecht zu veranschlagen sind ab sofort auch die Zuführungen zur Versorgungsrücklage (Titel der Gruppe 424). Abweichend vom bisherigen Verfahren sind die entsprechenden Haushaltsmittel daher **nicht** bei den Ansätzen der Dienstbezüge zu berücksichtigen. Die Berechnungsfaktoren für die Zuführungen an die Versorgungsrücklage betragen nach der zum Zeitpunkt der Veröffentlichung dieses Rundschreibens gültigen Rechtslage

- für Beamtinnen/Beamte und Richterinnen/Richter: 0,005971534

- für Soldatinnen/Soldaten: 0,005740343.

Für den Bereich Versorgung vgl. Ziffer 5.

5. **Versorgungsausgaben**

Die Herleitung der angemeldeten Ansätze einschließlich einer Übersicht zu den jährlichen voraussichtlichen Zugängen ist den BMF-Fachreferaten rechtzeitig vor Beginn der Haushaltsaufstellungsgespräche zu übersenden.

Die Zuführungen zur Versorgungsrücklage der Versorgungsempfänger/innen sind erstmals bei den Titeln der Gruppe 434 bedarfsgerecht zu veranschlagen. Abweichend vom bisherigen Verfahren sind die entsprechenden Haushaltsmittel daher **nicht** bei den Ansätzen der Versorgungsbezüge zu berücksichtigen. Der Berechnungsfaktor für die Zuführung an die Versorgungsrücklage für den Bereich Versorgung beträgt nach der zum Zeitpunkt der Veröffentlichung dieses Schreibens gültigen Rechtslage 0,027829554.

Für den Bereich der aktiven Beschäftigten vgl. Ziffer 4.

6. **Dienstkraftfahrzeuge/Geschäftszimmerausstattungen**

Für die Veranschlagung zur Beschaffung von Dienstkraftfahrzeugen gelten die Anlagen 2 und 3. Bei der Darstellung der Veranschlagung der Ausgaben für Kfz und der Veräußerungserlöse im Haushaltsplan bitte ich zu beachten, dass Mehreinnahmen aus der Veräußerung beim Einnahmetitel verbucht werden und danach eine Verstärkung der Ausgaben für die Ersatzbeschaffung von Dienst-Kfz gemäß § 6 Abs. 6 HG erfolgt. Die erwarteten Mehreinnahmen sind in den Standarderläuterungen zu Tit. 811 .1 einzutragen.

Ausgaben für die Beschaffung von Geschäftszimmerausstattungen können bis zu den in der Anlage 4 ausgewiesenen Höchstbeträgen veranschlagt werden.

7. Ausgaben für die Informationstechnik

Gemäß den Festlegungen des im Bundeskabinett beschlossenen Konzepts „IT-Steuerung Bund“ hat der Rat der IT-Beauftragten für das Jahr 2012 ein IT-Rahmenkonzept des Bundes beschlossen. Das IT-Rahmenkonzept des Bundes ist das für alle Ressorts verbindliche Planungsinstrument für ressortübergreifende Vorhaben. Grundsätzlich können in der Ressortplanung keine Haushaltsmittel für die (parallele) Entwicklung oder Fortführung alternativer IT-Anwendungen etatisiert werden, die bereits durch ressortübergreifende IT-Maßnahmen im IT-Rahmenkonzept des Bundes abgedeckt sind. Das IT-Rahmenkonzept des Bundes wird vom BMI-Referat IT 2 erstellt und ist über die Ressortbeauftragten (CIO-Ressort) einsehbar.

Angemeldete Haushaltsmittel für IT-Maßnahmen sind auf Veranlassung durch den Rechnungsprüfungsausschuss durch aussagekräftige Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen gemäß § 7 BHO zu belegen und die Prioritäten bei der Planung von IT-Vorhaben nachzuweisen.

Soweit Ausgaben und/oder Verpflichtungsermächtigungen für den Einsatz der IT in den Voranschlägen enthalten sind, sind Formblätter nach dem Muster der **Anlage 5** als haushaltsbegründende Unterlagen sowie formlose Begründungen beizufügen (vgl. Nr. 14 HRB).

Die ausgefüllten Formblätter sind **kapitelweise in einer Datei im pdf-Format** - zu dem noch zu benennenden Termin nach Bekanntgabe des Eckwertebeschlusses - dem BMF-Referat II A 4 zuzuleiten (per E-Mail an: WibeIIA4@bmf.bund.de).

Die ausgewiesenen Soll-Beträge je Kapitel dürfen in der Summe die Ressortanforderung der Titelgruppen 55/56 nicht unterschreiten; Maßnahmen ohne Wirtschaftlichkeitsbetrachtung dürfen nicht veranschlagt werden.

Bei Zuwendungen zur institutionellen Förderung und zur Projektförderung, deren IT-Ausgaben jährlich voraussichtlich mehr als 500 TEUR betragen werden, ist *zum gleichen Termin* dem BMF-Referat II A 4 anzuzeigen, dass für alle veranschlagten IT-Mittel Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen durchgeführt worden sind.

Dem Bundesrechnungshof (BWV - Beauftragter für die Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung) ist rechtzeitig Gelegenheit zur Stellungnahme zu diesen haushaltsbegründenden Unterlagen zu geben.

Aus gegebener Veranlassung wird darauf hingewiesen, dass Ausgaben für die Informationstechnik grundsätzlich in der Titelgruppe 55 zu veranschlagen sind. Ausgaben für die Informationstechnik liegen insbesondere dann vor, wenn der Schwerpunkt (vgl. Nr. 3.5 der AH-GF) eines Titelansatzes bei Ausgaben für den Einsatz der Informationstechnik (IT) liegt.

8. **Selbstbewirtschaftungsmittel**

Die Ausbringung von Selbstbewirtschaftungsvermerken kommt gemäß § 15 Abs. 2 BHO nur dann in Betracht, wenn hierdurch nachweislich eine sparsame Bewirtschaftung gefördert wird und dieses Ziel nicht auf andere Weise zu erreichen ist. Bei allen Titeln mit Selbstbewirtschaftungsvermerken ist zudem eine Standarderläuterung entsprechend Nr. 2.5 im Beispiel 21 zu Nr. 11.4 HRB auszubringen, aus der sich der Umfang der nicht verbrauchten Selbstbewirtschaftungsmittel zum Jahresabschluss 2010 ergibt.

9. **Vorbereitung und Veranschlagung von Projekten Öffentlich Privater Partnerschaften - ÖPP-Projekte -**

- 9.1. Der Bund/Länder-Arbeitsausschuss „Haushaltsrecht und Haushaltssystematik“ hat Empfehlungen zur haushaltsrechtlichen und haushaltssystematischen Behandlung von ÖPP-Projekten erarbeitet. Diese sind den obersten Bundesbehörden mit BMF-Schreiben vom 2. November 2007 - II A 3 - H 1012-5/07/0003; DOK 2007/0498167 - übermittelt worden (*im Intranet unter <http://www.bmf.intranet.bund.de/info/fach/haushalt/index.html>*). Zur Umsetzung dieser Empfehlungen wurden für die Veranschlagung von ÖPP-Projekten die Gruppe 813 „*Erwerbsanteile im Rahmen von ÖPP-Projekten bei beweglichen Sachen*“ sowie die Gruppe 520 „*Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsaufgaben bei ÖPP-Projekten*“ bereitgestellt. Die bereits bestehende Gruppe 823 erhielt die Bezeichnung „*Erwerbsanteile im Rahmen von ÖPP-Projekten sowie Erwerb von privat vorfinanzierten unbeweglichen Sachen*“.

Für die Veranschlagung der Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen von ÖPP-Projekten im Einzelnen sind grundsätzlich die Empfehlungen des Bund/Länder-Arbeitsausschusses „Haushaltsrecht und Haushaltssystematik“ (insbesondere unter Ziffer 6.4.2) zu beachten. Dabei wird davon ausgegangen, dass die Veranschlagung auf Basis der vorläufigen Wirtschaftlichkeitsuntersuchung (Ziffer 6.4.1.3.2 Lit. B der o. a. Empfehlungen) erfolgt und haushaltsrechtlich Vorsorge zu treffen ist.

- 9.2. Zur Veranschlagung von ÖPP-Projekten im Rahmen des Einheitlichen Liegenschaftsmanagements (ELM) vgl. die Ausführungen in Ziffer. 14 und den Ablaufplan des BMF in Anlage 11.
- 9.3. Zur weiteren Entwicklung des Marktes für Öffentlich-Private Partnerschaften (ÖPP) hat der Bund unter Beteiligung von Ländern, Kommunen und Privaten die Beratungsgesellschaft ÖPP Deutschland AG („*Partnerschaften Deutschland*“) gegründet, die ausschließlich die öffentliche Hand in allen ÖPP-relevanten Fragen berät. Öffentlichen Auftraggebern wird damit ein hochwertiges und neutrales Beratungsangebot zur Verfügung gestellt. Im Rahmen der Prüfung nach § 7 BHO, inwieweit staatliche Aufgaben oder öffentlichen Zwecken dienende wirtschaftliche Tätigkeiten durch Ausgliederung und Entstaatlichung oder Privatisierung erfüllt werden können, ist auch die Beschaffungsvariante ÖPP zu prüfen. Bei

dieser Prüfung bietet die Partnerschaften Deutschland ihren Auftraggebern Hilfestellung an.

- Sie kann im Rahmen eines „Helpdesk“ eine für den öffentlichen Entscheidungsträger kostenlose Erstberatung durchführen.
- Bei weiterem Bedarf kann der öffentliche Entscheidungsträger die Partnerschaften Deutschland mit der Beratung bei konkreten Projekten sowie bei deren späterer Umsetzung
 - mit dem Schwerpunkt Frühphasenberatung - beauftragen.
- Darüber hinaus kann die Partnerschaften Deutschland mit Grundlagenarbeit beauftragt werden, um kontinuierlich Vereinfachungen und Standardisierungen voranzutreiben und damit mittelfristig zu einer Senkung von Transaktionskosten beizutragen.

Die Gesellschaft ist unter der Postanschrift

ÖPP Deutschland AG
Mauerstraße 79
10117 Berlin

sowie unter der Telefonnummer +49 (0)30 / 25 76 79 0
oder der Internetadresse www.partnerschaften-deutschland.de zu erreichen.

- 9.4. Um die haushaltsmäßigen Auswirkungen über die langen Laufzeiten der Maßnahmen transparent zu machen, werden ÖPP-Projekte des Bundes in der Übersicht X zum Bundeshaushalt einzelplanbezogen dargestellt. Die Angaben sind nach dem Muster der **Anlage 6** zu erfassen und dem zuständigen BMF-Fachreferat per E-Mail zur Verfügung zu stellen.
10. **Projektförderungen bei Titeln der Hauptgruppen 6 und 8**
Soweit im Rahmen von Projektförderungen bei Titeln der Hauptgruppen 6 und 8 Ausgaben für Projektträger-Kosten, Gutachten und Begleitforschung, Fachtagungen und -kongresse sowie Kosten der Prüfung von Verwendungsnachweisen durch Dritte mitveranschlagt sind, ist für jeden dieser Titel zusammen mit dem Voranschlag eine Aufschlüsselung dieser Ausgaben vorzulegen.
11. **Zinszuschussförderung und Auszahlung der Fördermittel**
In bestimmten Förderbereichen werden Zinszuschüsse gewährt, d. h. Zinsausgaben des Fördernehmers für ein Darlehen werden anteilig finanziert. Die Auszahlung der Bundesmittel erfolgt dabei im Regelfall jeweils zu den konkreten Zinsterminen an die mit der bankenmäßigen Abwicklung des Förderprogramms beauftragte Bank (pro-rata-temporis).

Sollen die Zinszuschüsse ausnahmsweise für eine Maßnahme in einer Summe kapitalisiert an den mit der bankenmäßigen Abwicklung beauftragten Treuhänder (§ 44 Abs. 2 BHO) ausgezahlt werden (Barwert), ist bei den entsprechenden Titeln nachfolgender Haushaltsvermerk auszubringen:

„Zinszuschüsse dürfen bei nachgewiesener Wirtschaftlichkeit auch kapitalisiert an den mit der bankenmäßigen Abwicklung beauftragten Treuhänder (§ 44 Abs. 2 BHO) ausgezahlt werden.“

12. Auf die ODA-Quote anrechenbare Maßnahmen

Sofern Ausgaben für Maßnahmen veranschlagt werden sollen, die zur Anmeldung beim BMZ als ODA (Official Development Assistance) vorgesehen sind, sind die entsprechenden Beträge in einer den haushaltsbegründenden Unterlagen beizufügenden tabellarischen Übersicht nach dem Muster der **Anlage 9** gesondert zu erfassen. Einzelheiten über die auf die ODA-Quote anrechenbaren Ausgaben enthalten die vom BMZ bzw. vom Statistischen Bundesamt an alle Ressorts versandten jährlichen Aufforderungen, die im vergangenen Haushaltsjahr erbrachten Leistungen zur Entwicklungszusammenarbeit zu melden.

13. Projekt „Auf- und Ausbau von Kompetenz- und Dienstleistungszentren des Bundes“ (DLZ)

Zum DLZ wird im Nachgang zu diesem Rundschreiben gesondert informiert.

14. Einheitliches Liegenschaftsmanagement (ELM)

14.1. Übergang von Bestandsliegenschaften auf die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (Bundesanstalt)

Seit 1. Januar 2005 verwaltet die Bundesanstalt im Rahmen des ELM die Dienstliegenschaften. Hierzu schließt sie schriftliche Vereinbarungen über den Eigentumsübergang mit den abgebenden Ressorts. Soweit diese bis zum 31. Dezember 2011 nicht zustande kommen, geht das Eigentum an den Dienstliegenschaften am 1. Januar 2012 gesetzlich auf die Bundesanstalt über.

Die zu entrichtenden ELM-Mieten werden im Eckwertebeschluss auf der Basis vorläufiger Planungsdaten der Bundesanstalt berücksichtigt.

14.2. Veranschlagung neuer Baumaßnahmen

Neue Unterbringungsfälle für Dienststellen des Bundes im Inland sind im Rahmen des ELM abzuwickeln. Dies gilt unabhängig davon, ob ein Nutzer seine Liegenschaften bereits in das ELM überführt hat oder nicht. Die hierzu erforderliche Wirtschaftlichkeitsuntersuchung nach § 7 BHO zu den verschiedenen Unterbringungsvarianten (anstaltseigene Liegenschaft, anzumietende Drittliegenschaft, über den Epl. 60 darlehensfinanzierte Baumaßnahme, ÖPP-Projekt, Kauf) führt die Bundesanstalt durch. Für große Unterbringungsmaßnahmen hat sie parallel das zuständige BMF-Fachreferat über das eingeleitete Erkundungsverfahren zu informieren. Die abschließende Entscheidung über die zum Zuge kommende

Unterbringungsvariante trifft das nutzende Ressort und führt in Abstimmung mit den zuständigen BMF-Fachreferaten die Etatreife herbei.

Sowohl bei darlehensfinanzierten großen Baumaßnahmen im Eigenbau der Bundesanstalt als auch bei durch die Bundesanstalt abzuwickelnden ÖPP-Projekten ist sicher zu stellen, dass die Mietveranschlagung im Nutzerhaushalt (Tit. 518 .2) zusammen mit der Darlehensveranschlagung für den Eigenbau oder einer ggf. erforderlichen Anschubfinanzierung (ÖPP-Variante) erfolgt. Der als **Anlage 11** beigefügte Ablaufplan ist dabei zu beachten.

Zwingende Grundlage für eine Darlehensveranschlagung für eine Baumaßnahme in Kapitel 6004 ist die Ausbringung einer entsprechenden Verpflichtungsermächtigung für die Mietzahlungen bei Titel 518 .2 im Nutzerhaushalt. Dabei ist zu beachten, dass Baukosten sämtliche in die Mietermittlung durch die Bundesanstalt einfließenden Baunebenkosten umfassen; d. h. insbesondere auch die Verwaltungskostenerstattungen an die Bauverwaltungen, die an den Einzelplan 12 abzuführen sind.

14.3. Beendigung der unentgeltlichen/ermäßigten Nutzung von Bundesliegenschaften durch Dritte

Die Grundstücksnutzung zu marktunüblichen Konditionen (unentgeltlich/ermäßigt) durch Dritte (Zuwendungsempfänger, sonstige Nutzer) ist grundsätzlich zu beenden, sofern keine zwingenden Gründe der Umstellung der Grundstücksnutzung auf Mietvertragsbasis entgegenstehen. Soweit zum gegenwärtigen Zeitpunkt Finanzierungsabkommen mit Dritten (insbes. Bundesländer, internationale Organisationen) die Grundstücksnutzung zu marktunüblichen Konditionen vorsehen, sind mit diesen Dritten Verhandlungen mit dem Ziel aufzunehmen, gegenwärtig noch einer Umstellung der Grundstücksnutzung auf Mietvertragsbasis entgegenstehende Finanzierungsabkommen abzuändern. Sofern aus zwingenden Gründen keine Verhandlungen mit dem Ziel der Umstellung der unentgeltlichen Grundstücksnutzung auf Mietvertragsbasis aufgenommen werden sollen, ist dies detailliert zu begründen.

15. Dokumentation der Sonderabgaben

Die Dokumentation der Sonderabgaben (Bundeshaushalt 2011, Übersicht VI) ist fortzuschreiben; neue Abgaben sind zu ergänzen. Im Übrigen wird auf **Anlage 7** verwiesen.

16. Beiträge bzw. Zuschüsse an Organisationen, Vereine und Verbände, insbesondere Leistungen des Bundes an internationale und supranationale Organisationen/Zahlungen in fremder Währung

Beiträge bzw. Zuschüsse an Organisationen, Vereine und Verbände, insbesondere Leistungen des Bundes an internationale und supranationale Organisationen sind hinsichtlich ihrer fortdauernden Berechtigung kritisch zu hinterfragen. Mitgliedschaften oder Zuschüsse, deren Zweck mittlerweile als überholt anzusehen ist, sind zu kündigen.

Für Zahlungen in fremder Währung gilt Nr. 4.10 HRB. Die entsprechenden Wechselkurse der EZB sowie der Referenzwert für die Sonderziehungsrechte des Internationalen Währungsfonds vom 31. Dezember 2010 (Aufstellungskurse) sind der **Anlage 12** zu entnehmen. Sollte es aufgrund der Kursentwicklung notwendig werden, einen anderen Stichtag zur Berechnung heranzuziehen, erfolgt eine gesonderte Bekanntgabe der anzuwendenden Kurse.

17. Sondervermögen

Die Wirtschaftsplanverhandlungen zu Sondervermögen des Bundes erfolgen nicht im Rahmen des Top-down-Verfahrens zum Bundeshaushalt.

Speziell zu dem zum 1. Januar 2011 errichteten Sondervermögen „Energie- und Klimafonds“ (EKF) ist anzumerken, dass nach § 2 Absatz 2 EKFG die Programmausgaben des Sondervermögens EKF zusätzlich zu den bereits im Bundeshaushalt oder in der Finanzplanung des Bundes berücksichtigten Ausgaben ausgebracht werden sollen. Aus dem Sondervermögen können insofern Maßnahmen nicht finanziert werden, soweit deren Finanzierung bereits im Bundeshaushalt und in der Finanzplanung des Bundes veranschlagt ist.

18. Personalhaushalt

- 18.1. Die Planstellen-/Stellenausstattung ist unter Anwendung angemessener Methoden einer eingehenden Bedarfsprüfung zu unterziehen. Alle Möglichkeiten zu gezielten Planstellen-/Stelleneinsparungen insbesondere durch Rationalisierungsmaßnahmen sind auszuschöpfen; falls möglich, sind entsprechende kw-Vermerke auszubringen. Mehrbedarf an Planstellen/Stellen ist grundsätzlich durch Umsetzung im Einzelplan auszugleichen.

Sollte die Ausbringung zusätzlicher Planstellen/Stellen unabweisbar sein, so ist der Mehrbedarf durch anderweitige Stelleneinsparungen in finanziell gleichwertigem Umfang auszugleichen. Aufgrund der Kabinettvorgaben zur Reduzierung des Stellenbestandes um rund 10.000 Planstellen und Stellen bis einschließlich 2014 wird das im Aufstellungsverfahren 2011 praktizierte Verfahren unter dem bekannt strengen Maßstab fortgeführt.

Hebungen von Planstellen und Stellen sind ebenfalls nur in Ausnahmefällen vorzusehen. Die Differenz zwischen der alten und neuen Planstelle/Stelle ist in jedem Fall dauerhaft finanziell und stellenmäßig im Einzelplan auszugleichen.

Die geltenden Obergrenzen dürfen nicht überschritten werden. Ein entsprechender Nachweis ist den BMF-Fachreferaten rechtzeitig vor Beginn der Personalverhandlungen zu übersenden.

- 18.2. Für den Kostenvergleich sind die Angaben in Spalte 5 der jeweils gültigen, vom BMF herausgegebenen Personalkostensätze, die dem Internetangebot des BMF zu entnehmen sind, zu Grunde zu legen. Die aktuellen Personalkostensätze wurden mit BMF-Rundschreiben vom 21. April 2010 - II A 3 - H 1012 - 10/07/0001; DOK 2009/0673035 - veröffentlicht. Bei dem Kostenvergleich können Planstellen, die aus anderen Gründen entfallen, und Planstellen mit kw-Vermerk nicht berücksichtigt werden. Für neue höherwertige Planstellen ist eine entsprechende Dienstpostenbewertung vorzulegen. Die vorstehende Regelung gilt für Stellen entsprechend.
- 18.3. Stellenplanveränderungen, die auf der Grundlage der haushaltsgesetzlichen Regelungen zur Stellenplanflexibilisierung (§ 13 Abs. 1 Satz 3 HG) vorgenommen worden sind und auf Dauer beibehalten werden sollen, sind in die Ressortanmeldungen zum Personalhaushalt aufzunehmen.
- 18.4. Die pauschale sowie die zusätzliche Stelleneinsparung aufgrund der Verlängerung der Wochenarbeitszeit für Beamtinnen und Beamte werden fortgesetzt.
- 18.5. Die dauerhafte Inanspruchnahme von Planstellen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist mit § 17 Abs. 5 BHO nicht vereinbar. Soweit auf Planstellen länger als zwei Jahre Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer geführt werden, sind diese gemäß VV Nr. 2.4 zu § 49 BHO im Rahmen der Haushaltsaufstellung in Stellen umzuwandeln.
- 18.6. Soweit die Wirtschaftlichkeit von neuen Maßnahmen im IT-Bereich mit zu erwartenden Personaleinsparungen begründet wird, ist den BMF-Fachreferaten ein Vorschlag zur Umsetzung der dargelegten Einsparungen für das Haushaltsjahr 2012 (z. B. Stellenwegfall, Ausbringung von kw-Vermerken) vorzulegen. Die für die Jahre 2012 ff. zu erwartenden Personaleinsparungen werden entsprechend Nr. 14.2 HRB in den Erläuterungen zur Titelgruppe 55 - Ausgaben für IT - ausgewiesen.
- 18.7. Die Unterlagen zum Personalhaushalt sind fristgerecht zusammen mit den Haushaltsvoranschlägen zu übermitteln.

Zur Vorbereitung der Haushaltsgespräche sind die Personalanmeldungen zusammenfassend ausschließlich mit dem als **Anlage 8** beigelegten Formblatt vorzunehmen und dem zuständigen BMF-Fachreferat per E-Mail zur Verfügung zu stellen.

19. Institutionell geförderte Zuwendungsempfänger und entsprechend geförderte Einrichtungen

- 19.1. Eine Ausweitung der Zahl der Zuwendungsempfänger kommt nicht in Betracht. Die Aufnahme eines neuen Zuwendungsempfängers in die institutionelle Förderung ist durch das Ausscheiden eines anderen Zuwendungsempfängers in einem finanziell gleichwertigen

Umfang auszugleichen (sog. Omnibusprinzip).

- 19.2. Bei den Zuwendungsempfängern sind im Regierungsentwurf 2012 die Stelleneinsparungen 2011 bei der unmittelbaren Bundesverwaltung nach Maßgabe der Vorgaben in **Anlage 13** nachzuvollziehen.

Rechtzeitig vor den Personalverhandlungen ist den Fachreferaten BMF ein Konzept für eine möglichst kegelgerechte Reduzierung der Stellen für Dauerpersonal der institutionell geförderten Zuwendungsempfänger vorzulegen. Dabei ist vorzugsweise ein Wegfall der Stellen, hilfsweise die Ausbringung von Vermerken „kw“ oder ausnahmsweise auch „kw 31.12.2012“ vorzusehen.

- 19.3. Im Übrigen gilt für den Personalhaushalt die Ziffer 18 entsprechend.

- 19.4. Für die Zuschüsse des Bundes zu den Personalausgaben der vom Bund allein und der vom Bund und den Ländern gemeinsam geförderten Zuwendungsempfänger sowie für die Zuschüsse zu den Personalausgaben bei der Erstattung von Verwaltungskosten ist Ziffer 4 (1. und 3. Tiert) entsprechend mit der Maßgabe anzuwenden, dass ein eventueller Ausgabenmehrbedarf innerhalb der Finanzplanansätze aufzufangen ist.

- 19.5. Bei den Zuweisungen des Bundes an die Länder für die Mitgliedseinrichtungen der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz (WGL, ehemals Forschungseinrichtungen der Blauen Liste) sind die je Einzelplan für die Zuweisungen zur Verfügung stehenden Mittel von den betroffenen Ressorts vor den Bedarfsverhandlungen mit dem Bundesministerium der Finanzen abzustimmen.

- 19.6. Die Veranschlagungsgrundsätze nach Ziffer 6 für die Beschaffung von nicht personengebundenen Dienstkraftfahrzeugen (**Anlagen 2 und 3**) und von Geschäftszimmerausstattungen (**Anlage 4**) sind für den Bereich der institutionell geförderten Zuwendungsempfänger sinngemäß anzuwenden.

- 19.7. Bei Zuwendungen zur institutionellen Förderung und zur Projektförderung sind die Richtlinien für den Einsatz der Informationstechnik in der Bundesverwaltung (IT-Richtlinien) vom 18. Dezember 1988 (GMBI 1988 S. 469) entsprechend anzuwenden mit der Maßgabe, dass

- bei Ausgaben für IT von jährlich mehr als 500 TEUR ein IT-Rahmenkonzept zu erstellen ist und haushaltsbegründende Unterlagen gemäß Ziffer 7 zu übersenden sind,
- das IT-Rahmenkonzept vom zuständigen Ressort zu prüfen ist.

20. Technische Hinweise

20.1. Der sog. „Gelbdruck“ wird im Anschluss an die Veröffentlichung dieses Rundschreibens vom BMF erstellt und durch die jeweiligen Fachreferate an die Ressorts übersandt. Im Gelbdruck sind lediglich Änderungen zu

- a) Vorwort/Vorbemerkungen
- b) Titelerläuterungen und
- c) Wirtschaftsplänen und anderen Übersichten/Anlagen

vorzunehmen. Die genannten Änderungen sind in dem übersandten Exemplar von Hand einzuarbeiten. Alternativ kann auch ressortseitig ein neues Druckstück, in dem die Änderungen deutlich gekennzeichnet sind, produziert und dem BMF übersandt werden.

Um den Ressorts im Anschluss die Erfassung der Voranschläge auf der dem „Gelbdruck“ entsprechenden Datenbasis zu ermöglichen, werden die BMF-Fachreferate den Ressorts den geänderten Datenbestand im Wege des elektronischen Post austauschs zur Verfügung stellen.

20.2. Die Voranschläge zum Haushaltsentwurf 2012 und für die Finanzplanjahre 2013 bis 2015 sind im Dialog (Service-Funktion „Datenaustausch“/Hauptmenü W) oder durch Austausch von Datenträgern zu übermitteln. Die aktuelle Schnittstellenbeschreibung kann im Portal der Haushaltsabteilung (<http://bmfiportal.ziviv.iv.bfinv.de>), dort im „Informationszentrum“ unter „Technisches“ herunter geladen werden. Bei ressortseitig eingesetzten DV-Verfahren muss die Richtigkeit der Datenstruktur/Kompatibilität zur Haushaltsdatenbank des BMF sichergestellt sein. Darüber hinaus müssen die elektronisch übermittelten Haushaltsdaten mit den papiermäßigen Voranschlägen übereinstimmen.

In die Voranschläge sind dabei neben den Titeldressen und den Ansätzen im Finanzplanungszeitraum

- Verpflichtungsermächtigungen (VE) sowie
 - die Beträge (bzw. Teilbeträge) für die Finanzhilfen (FH)
- aufzunehmen.

20.3. Die Anzahl der einzureichenden Haushaltsvoranschläge und der Voranschläge zum Finanzplan wird gesondert mitgeteilt.

20.4. Dem Bundesrechnungshof (BRH) sind je ein Abdruck der Haushaltsvoranschläge und der Voranschläge zum Finanzplan zuzuleiten. Unterlagen, die in elektronischer Form vorliegen, sind hierbei nicht gesondert auszudrucken, sondern können dem BRH in elektronischer Form (per E-Mail oder auf Datenträger) übersandt werden.

Ausgaben für die Beschaffung von Dienstkraftfahrzeugen

(Nr. 12.2.2 HRB)

Beschaffung (Kauf, Miete, Leasing) von Dienstkraftfahrzeugen (DKfz) sind nur zulässig, wenn hierfür ein dringendes dienstliches Bedürfnis besteht. Vor Ersatzbeschaffungen ist zunächst zu prüfen, ob auf das auszusondernde Fahrzeug ersatzlos verzichtet werden kann oder ob ein kleineres oder schwächeres Fahrzeug ausreicht und wirtschaftlicher ist.

A. Nicht sondergeschützte DKfz

1. Allgemeines

1.1 Für die Bundesverwaltung sind schadstoffarme Kraftfahrzeuge mit möglichst geringem Treibstoffverbrauch zu beschaffen, deren Motoren mindestens der Abgasnorm **EURO 5** entsprechen.

1.2 Es dürfen nur serienmäßig hergestellte Fahrzeuge mit allgemeiner Betriebserlaubnis beschafft werden.

2. Personengebundene DKfz

2.1 Personengebundene DKfz stehen in der Bundesverwaltung nur den in §§ 14 und 21 der Richtlinie für die Nutzung von DKfz in der Bundesverwaltung (DKfz-R) vom 29. Juni 1993 (GMBL 1993, 398) in der Fassung vom 16. Oktober 1997 (GMBL 1997, S. 738) genannten Personen zur Verfügung.

2.2 Zugelassen ist nur die Beschaffung von Kraftfahrzeugen, die serienmäßig hergestellt werden. „Langversionen“ bleiben grundsätzlich den Bundesministerinnen und Bundesministern vorbehalten.

Es gelten folgende Preisgrenzen (einschließlich Standheizung, ohne ggf. funktechnische Ausstattung und Sondersignalanlage):

Bundesministerinnen/Bundesminister **bis 49.200 €**

Staatsministerinnen/Staatsminister **bis 40.500 €**

Parl. Staatssekretärinnen/Staatssekretäre
Beamtinnen und Beamte der Bes.-Gr. B 11 und
gleichgestellte Personen

Beamtinnen und Beamte der Bes.-Gr. B 10 und
B 9 (sowie R 10 und R 9) **bis 28.000 €**

3. Nicht personengebundene DKfz

Grundsätzlich sollen nur Kraftfahrzeuge bis zu einer Leistung von 150 kW angeschafft werden. Eine Überschreitung dieser Obergrenze ist im Einzelfall allgemein zugelassen, wenn hierdurch der Erwerb eines wirtschaftlicheren Fahrzeuges oder eines Fahrzeuges mit geringerem Treibstoffverbrauch bzw. geringeren Schadstoffemissionen ermöglicht werden kann.

Für DKfz, die für Fernfahrten bestimmt sind, dürfen nicht mehr als **25.600 €**, für DKfz, die überwiegend im Nahverkehr (insbesondere in den Geschäftsbereichen der örtlichen Behörden und der Mittelbehörden) Verwendung finden, dürfen nicht mehr als **20.500 €** je Fahrzeug veranschlagt werden.

Die Preisobergrenzen für nicht personengebundene DKfz beinhalten die Überführungskosten und dürfen um die Kosten für den Einbau einer **Standheizung um bis zu 1.500 €** überschritten werden, wenn das DKfz von einer Berufskraftfahrerin / einem Berufskraftfahrer gefahren wird und der Einbau einer Standheizung dienstlich notwendig ist.

Im Rahmen dieser Obergrenzen richten sich Größe und Leistung der DKfz nach dem sachlichen Bedürfnis der jeweiligen Dienststelle. Ausnahmen sind besonders zu begründen.

Bei bestehenden Fahrbereitschaften ist zu prüfen, ob aufgrund der Fahrbedürfnisse anstelle der eingesetzten Personenkraftwagen der Einsatz eines Transporters (in der Regel Fahrzeuge mit 8 Sitzen + Fahrer) wirtschaftlicher ist.

Bei der Beschaffung von Transportern (**Anlage 3** - lfd. Nr. 14 und 15) und Geländefahrzeugen (**Anlage 3** - lfd. Nrn. 8, 9 und 10) können die o.g. Preisgrenzen überschritten werden.

4. Veranschlagungsbeträge für DKfz (Nr. 12.2.2 HRB)

Die unter Nrn. 2 und 3 genannten Preisgrenzen schließen die Mehrwertsteuer, Überführungskosten, sowie eine angemessene weitergehende Ausstattung ein. Ausgaben für darüber hinausgehende Sonderausstattungen dürfen nicht veranschlagt werden (Ausnahme: Funktechnische Ausrüstung, Verbau einer Sondersignalanlage, Autotelefon, u. Ä.).

Die in der **Anlage 3** festgelegten Richtpreise und Fahrzeugklassen, denen beispielhaft Fahrzeugtypen zugeordnet sind, dienen lediglich der Ermittlung des zu veranschlagenden Ausgabebedarfs. Sie umfassen eine angemessene Grundausstattung, soweit diese nicht bereits serienmäßig vorgesehen ist. Die Beschaffung anderer als in der Richtpreisliste beispielhaft aufgeführter Kraftfahrzeuge ist möglich.

B. Regelungen für die Veranschlagung der Kosten für sondergeschützter DKfz

1. Ausgaben für die Beschaffung von sondergeschützten DKfz sind grundsätzlich zentral im Einzelplan 06 zu veranschlagen.

Der Bedarf wird zentral vom Bundeskriminalamt (BKA) ermittelt. Neuer Bedarf ist sofort nach Bekannt werden über das BMI an das BKA zu melden. Hinsichtlich Ersatzbeschaffungen sondergeschützter DKfz tritt das BKA direkt an die Bedarfsträger heran.

2. Ausgaben für Kraft- und Schmierstoffe sowie Fernmeldegebühren für Autotelefone sondergeschützter DKfz sind in jedem Fall im jeweiligen Epl. zu veranschlagen.

3. Die Unterhaltungs- und Instandsetzungskosten (Reparaturen usw.) sind

- für sondergeschützte DKfz, die den Ressorts vom BKA zur eigenverantwortlichen Nutzung zum Schutz von Personen, die nicht unter § 5 BKA-Gesetz fallen, überlassen werden, im jeweiligen Einzelfall und
- für sondergeschützte DKfz, die vom BKA für unter § 5 BKA-Gesetz fallende Personen eingesetzt werden (sog. BKA-Pool), im Einzelplan 06 auszubringen.

Leerseite
(aus drucktechnischen Gründen eingefügt)

Veranschlagungsrichtpreise für die Beschaffung von Dienstkraftfahrzeugen

lfd. Nr. der Klasse	KBA-Bezeichnung des Fahrzeug-segments	Beschreibung der Fahrzeugklasse	Motorleistung [kW]	Richtpreise inkl. MwSt [Euro]
1	Minis	<u>Personenkraftwagen</u> entsprechend Volkswagen Up, Ford Ka, Smart Fortwo oder Fahrzeuge vergleichbarer Art, 2-türig mit Heckklappe	bis 50	12.500 €
2	Kleinwagen	<u>Personenkraftwagen</u> entsprechend Volkswagen Polo, Opel Corsa, Ford Fiesta oder Fahrzeuge gleichwertiger Art, 4-türig mit Heckklappe, 5 Sitzplätze	bis 70	16.400 €
3	Kompaktklasse	<u>Personenkraftwagen</u> Kombi entsprechend Volkswagen Golf Variant, Opel Astra Sports Tourer, Ford Focus Turnier oder Fahrzeuge vergleichbarer Art, 4-türig mit Heckklappe, 5 Sitzplätze	bis 105	20.500 €
4	Mittelklasse	<u>Personenkraftwagen</u> Kombi entsprechend Volkswagen Passat Variant, Opel Insignia Sports Tourer, Ford Mondeo Turnier oder Fahrzeuge vergleichbarer Art, 4-türig mit Heckklappe, 5 Sitzplätze	bis 105	23.500 €
5	Obere Mittelklasse	<u>Personenkraftwagen</u> Limousine entsprechend Audi A6, BMW 5er, der Mercedes-Benz E-Klasse oder Fahrzeuge vergleichbarer Art, 4-türig, 5 Sitzplätze	bis 150	25.600 €
6	Oberklasse	<u>Personenkraftwagen</u> Limousine entsprechend Audi A8, BMW 7er, der Mercedes-Benz S-Klasse oder Fahrzeuge vergleichbarer Art, 4-türig, 5 Sitzplätze	bis 180	40.500 €
7	Geländewagen klein	<u>Personenkraftwagen</u> SUV entsprechend BMW X3, Land Rover Freelander, Mitsubishi Outlander oder Fahrzeuge vergleichbarer Art, Allradantrieb, 4-türig mit Heckklappe, 5 Sitzplätze	bis 130	25.600 €
8	Geländewagen groß	<u>schwerer Geländewagen</u> entsprechend Land Rover Discovery, Mitsubishi Pajero, Toyota Landcruiser oder Fahrzeuge vergleichbarer Art, Allradantrieb mit Getriebeuntersetzung; 4-türig mit Heckklappe, 5 Sitzplätze	bis 130	28.500 €
9	Geländewagen groß	<u>robuster Geländewagen</u> entsprechend Mercedes-Benz G-Klasse, Land Rover Defender oder Fahrzeuge vergleichbarer Art; 4-türig mit Heckklappe; mind. 5 Sitzplätze; Allradantrieb mit Geländeuntersetzung; zum Ziehen von Anhängern auch unter schwierigsten Geländebedingungen; höchste Geländegängigkeit	bis 150	30.500 €
10	Geländewagen Pickup	<u>Geländewagen</u> Pickup, Doppelkabine Pritsche, entsprechend Volkswagen Amarok, Ford Ranger, Mitsubishi L200 oder Fahrzeuge vergleichbarer Art (zGG. kleiner 3 t), Allradantrieb mit Getriebeuntersetzung, 4-türig, 5 Sitzplätze	bis 130	26.500 €
11	Großraum-Van klein	<u>Personenkraftwagen</u> entsprechend Opel Zafira, Volkswagen Touran, Ford S-Max oder Fahrzeuge vergleichbarer Art, 4-türig mit Heckklappe, 7 Sitzplätze	bis 110	20.500 €
12	Großraum-Van groß	<u>Personenkraftwagen</u> entsprechend Volkswagen Sharan, Seat Alhambra, Ford Galaxy oder Fahrzeuge vergleichbarer Art, 4-türig mit Heckklappe, 7 Sitzplätze	bis 130	23.500 €
13	Utilities" klein	<u>Kleintransporter</u> entsprechend Volkswagen Caddy, Opel Combo, Renault Kangoo oder Fahrzeuge vergleichbarer Art, 2-türiger Kastenwagen mit Heckklappe	bis 85	16.400 €
14	Utilities mittel	<u>Kleintransporter</u> entsprechend Volkswagen Transporter, Mercedes-Benz Vito, Ford Transit oder Fahrzeuge vergleichbarer Art (bis ca. 3 t zGG), 2 türig mit mind. 1 Schiebetür und Heckklappe, bis zu 8 Sitzplätze	bis 130	25.600 €
15	Utilities groß	<u>Transporter</u> Kastenwagen entsprechend Volkswagen Crafter, Mercedes-Benz Sprinter, Citroen Jumper oder Fahrzeuge vergleichbarer Art (mit einem zGG über 3 t), 2 türig mit mind. 1 Schiebetür und Hecktüren, bis zu 8 Sitzplätze	bis 130	40.500 €

Leerseite
(aus drucktechnischen Gründen eingefügt)

Höchstpreise für die Ausstattung von Geschäftszimmern der Bundesbediensteten**(inkl. PC-Grundausrüstung)**

Personenkreis	Höchstpreis - in € -
Bundesministerinnen und Bundesminister, Staatsministerinnen und Staatsminister, Staatssekretärinnen und Staatssekretäre und ähnliche Beamtinnen und Beamte oberhalb Bes.-Gr. B 9:	je nach Einzelfall
Leiterinnen/Leiter von Bundesoberbehörden und obersten Bundesgerichtshöfen bis zur Bes.-Gr. B 8 abwärts; Generäle, Admirale; Abteilungsleiterinnen/Abteilungsleiter der Ministerien; Leiterinnen/Leiter von Auslandsvertretungen in Bes.-Gr. B 9 und B 6.	7.000
Leiterinnen/Leiter und stellvertretende Leiterinnen/Leiter von Bundesoberbehörden und obersten Bundesgerichtshöfen der Bes.-Gr. B 7 bis B 5; Leiterinnen/Leiter von Mittelbehörden der Bes.-Gr. B 7 bis B 5; Unterabteilungsleiterinnen/Unterabteilungsleiter der Ministerien sowie Generäle in entsprechender Dienststellung; Leiterinnen/Leiter von Auslandsvertretungen in Bes.-Gr. B 3 bis A 15 bzw. E.-Gr. AT bis 15, Ständige Vertreterinnen/Vertreter in Bes.-Gr. B 6 der Leiterinnen/Leiter von Auslandsvertretungen.	6.000
Leiterinnen/Leiter und stellvertretende Leiterinnen/Leiter von Bundesoberbehörden sowie Leiterinnen/Leiter der Bundesmittelbehörden der Bes.-Gr. B 4 bis B 1; Ständige Vertreterinnen/Vertreter in Bes.-Gr. B 3 bis A 15 bzw. E.-Gr. AT bis 15 der Leiterinnen/Leiter von Auslandsvertretungen; Abteilungsleiterinnen/Abteilungsleiter in Bes.-Gr. B 3 und A 16 bzw. E.-Gr. AT und ATB (nur bei Auslandsvertretungen, deren Leiterinnen/Leiter der Bes.-Gr. B 9 angehören).	4.500

Personenkreis	Höchstpreis - in € -
Referatsleiterinnen/Referatsleiter der Ministerien; Abteilungsleiterinnen/Abteilungsleiter der Bundesoberbehörden, soweit sie den Bes.-Gr. A 16 und höher angehören; Abteilungsleiterinnen/Abteilungsleiter der Bundesmittelbehörden; Ständige Vertreterinnen/Vertreter in Bes.-Gr. A 14 bzw. E.-Gr. 14 abwärts der Leiterinnen/ Leiter von Auslandsvertretungen; Referatsleiterinnen/Referatsleiter und Referentinnen/Referenten bei Auslandsvertretungen in Bes.-Gr. A 16 und A 15 bzw. E.-Gr. AT B und 15.	3.700
Referentinnen/Referenten der Ministerien; Referatsleiterinnen/Referatsleiter der Bundesober- und -mittelbehörden; Vorsteherinnen/Vorsteher, Leiterinnen/Leiter usw. von Ortsbehörden; Referentinnen/Referenten bei Auslandsvertretungen in Bes.-Gr. A 14 und A 13 h bzw. E.-Gr. 14 und 13, Kanzlerinnen/Kanzler I. Klasse und Kanzlerinnen/Kanzler als Leiterinnen/Leiter der Verwaltung.	3.300 ¹⁾
Sachbearbeiterinnen/Sachbearbeiter und andere Bedienstete mit entsprechend zu bewertenden Aufgaben	3.300
Bedienstete im Registratordienst und in gleich zu bewertender Tätigkeit; Bürosachbearbeiterinnen/Bürosachbearbeiter und andere Bedienstete mit entsprechen zu bewertenden Aufgaben; Schreibkräfte	2.700

¹⁾ ggf. Zuschlag für Vorsteherinnen/Vorsteher, Leiterinnen/Leiter von Ortsbehörden: 500 €

Formblatt für die Haushaltsaufstellung 2012:

Kap.: _____ **Tgr. 55** **IT-Haushaltsmittel für das Haushaltsjahr** **2012**

IT-Maßnahme: _____

Kurzbezeichnung: _____

Nummer gem. ITR4WEB (soweit vorhanden): _____

Haushaltsaufstellung (Soll) 2012

Wirtschaftlichkeits- und Prioritätsbetrachtungen
<input type="checkbox"/> Keine Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen durchgeführt
<input type="checkbox"/> Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen für alle Aktivitäten dieser Maßnahme durchgeführt; die jeweiligen Werte und Art der WiBe sind im IT-Rahmenkonzept dargestellt

Auswirkungen auf den	
Sachhaushalt Ansatz: _____ T€ beinhaltet: <input type="checkbox"/> laufende Kosten <input type="checkbox"/> rechtlich gebundene Mittel <input type="checkbox"/> Kosten für Ersatzbeschaffungen <input type="checkbox"/> Kosten für neue Maßnahmen	Personalhaushalt <input type="checkbox"/> einzusparende Planstellen/Stellen <input type="checkbox"/> im Rahmen der gesetzlichen Stelleneinsparungen: _____ Stellen <input type="checkbox"/> sonstige sofortige Stelleneinsparungen: _____ Stellen <input type="checkbox"/> kw-Vermerke: _____ Stellen <input type="checkbox"/> neue Planstellen/Stellen _____ Stellen

Ggf. weitere Erläuterungen (auf einem separaten Blatt)

Hinweis: IT-Maßnahmen, für die weniger als 50.000 € ausgegeben werden, können summarisch unter der Bezeichnung „sonstige IT-Maßnahmen“ zusammengefasst werden.

Weitere Ausgaben für diese Maßnahme in Höhe von _____ T€ sind im Kapitel _____ veranschlagt.

Leerseite
(aus drucktechnischen Gründen eingefügt)

Übersichten - Teil X

ÖPP-Projekte und privat vorfinanzierte öffentliche Baumaßnahmen

- A. Öffentlich Private Partnerschaften (ÖPP)
(ÖPP-Erwerbermodell, ÖPP-Leasingmodell, ÖPP-Mietmodell, ÖPP-Inhabermodell und vergleichbare Modelle sowie sonstige ÖPP-Projekte von erheblicher finanzieller Bedeutung)
- B. Private Vorfinanzierung öffentlicher Baumaßnahmen
(Leasing, Ratenkauf, Mietkauf und vergleichbare Modelle)

Epl. Kap. Titel	Maßnahme	Gesamt- ausgaben (Sp. 4-7)	Finanzierungsverlauf				Laufzeit (Vertrags- ende /Jahr)	Kaufpreis bei Vertrags- ende (Option)
			Veraus- gabt bis 2010	Soll 2011	Veran- schlagt 2012	Folgejahre (insge- samt) 2013 ff.		
			Mio. €					Mio. €
1	2	3	4	5	6	7	8	9
	A. ÖPP-Projekte							
	I. Hochbau							
	a) Laufende Maßnahmen							
	b) Neue Maßnahmen							
	II. Tiefbau							
	a) Laufende Maßnahmen							
	b) Neue Maßnahmen							
	III. Sonstige							
	a) Laufende Maßnahmen							
	b) Neue Maßnahmen							
Summe Teil A.								
	B. Private Vorfinanzierung öffentlicher Baumaßnahmen							
	Tiefbau							
1210 823 12/ 1210 823 22	- Laufende Maßnahmen -							
Summe Teil B.								

zu Spalte 2: Zweckbestimmung (ggfs. Kurzfassung) / Untergliedert nach I. Hochbau, II. Tiefbau, III. Sonstige sowie a) Laufende Maßnahme und b) neue Maßnahme, soweit veranschlagt

zu Spalte 8: maßgebend ist grds. die längste Laufzeit

Leerseite
(aus drucktechnischen Gründen eingefügt)

Dokumentation der Sonderabgaben im Haushaltsplan 2012

In seinem Beschluss vom 17. Juli 2003 (BVerfG, 2 BvL 1/99) hat das Bundesverfassungsgericht vom Gesetzgeber für alle nach dem 31. Dezember 2003 aufzustellenden Haushaltspläne eine Dokumentation über alle Sonderabgaben in einer dem Haushaltsplan beigefügten Anlage gefordert. Das Bundesverfassungsgericht begründet diese Pflicht zur Information des Parlamentes und der Öffentlichkeit durch eine vollständige Dokumentation der Sonderabgaben mit dem Gebot wirksamer parlamentarisch-demokratischer Legitimation und Kontrolle von Planung und Entscheidung über die finanzielle Inanspruchnahme der Bürger für öffentliche Aufgaben.

Das Bundesverfassungsgericht hat gefordert, ab dem Jahr 2005 alle nicht steuerlichen Abgaben, die weder Gebühr noch Beitrag sind und bei denen auch mangels sonstiger spezieller Sach- und Zweckzusammenhänge „eine Konkurrenz zur Steuer nicht von vornherein ausgeschlossen ist“ (Umdruck des Gerichts, S. 43, 47) in den Haushalt aufzunehmen. Es soll sich um eine erschöpfende Aufzählung aller Sonderabgaben im Verantwortungsbereich des Bundesgesetzgebers handeln, unter Berücksichtigung der Sonderabgaben der selbständigen juristischen Personen (unter Einschluss auch solcher Sonderabgaben, die bereits an anderer Stelle im Haushalt dokumentiert sind). Der Bestand und die Entwicklung der Sonderabgaben nach Art und Umfang sollen sichtbar gemacht werden. Ob die eigenen Behörden des Bundes oder z. B. Länder- oder Kommunalbehörden die Abgabe vereinnahmen, ist unerheblich.

Mit der Übersicht VII zum Bundeshaushalt 2005 wurde diese Verpflichtung erstmals umgesetzt und in den Folgejahren fortgeschrieben. Dabei ist zu beachten, dass die Nennung der Abgabe diese nicht rechtlich als Sonderabgabe qualifiziert. Um dem verfassungsrechtlichen Auftrag gerecht zu werden, sind vielmehr auch solche Abgaben vorsorglich aufgenommen worden, bei denen die Klassifizierung als Sonderabgabe in Betracht kommt, aber nicht zwingend ist. Die Nennung der Abgabe erfolgt auch unabhängig davon, ob die Abgabe im Haushaltsplan bereits enthalten ist.

Für den Bundesbereich sind im Bundeshaushalt 2011 insgesamt 33 Abgaben mit einem Gesamtvolumen von rund 2,6 Mrd. € (Gesamthöhe bezieht sich nur auf die Abgaben, für die die Abgabenhöhe ermittelt werden konnte) dokumentiert.

Auch für das Haushaltsjahr 2012 wird die Übersicht entsprechend den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts fortgeschrieben.

Ich bitte daher um Überarbeitung bzw. Ergänzung und weise auf Folgendes hin:

- Die Abgrenzung, ob im konkreten Fall eine Sonderabgabe vorliegt, ist nicht an der Bezeichnung der Abgabe (z. B. Gebühr, Beitrag, Abgabe, Umlage, Eigenanteil, Kostenerstattung) zu orientieren, sondern an der Verfassungsrechtsprechung zu dieser Abgabenart.
- Wird eine Sonderabgabe nicht in die Anlage zum Haushaltsplan aufgenommen, kann diese Versäumnis nach der neuen Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zur Folge haben, dass die Abgabe nicht verfassungsgemäß ist. Wegen dieser Konsequenz weise ich ausdrücklich darauf hin, dass die Entscheidung darüber, ob es sich bei einer Abgabe um eine Sonderabgabe handelt und sie in die Anlage aufzunehmen ist, vom jeweiligen Fachressort zu verantworten ist.
- Soweit eine Sonderabgabe aufgrund Landesrechts erhoben wird, die Ermächtigungsgrundlage für diese Rechtsnorm jedoch in einem Bundesgesetz enthalten ist, wird die Sonderabgabe nur in dem entsprechenden Landeshaushalt aufgeführt.
- Sonderabgaben, bei denen der Rechtsgrund durch Bundesrecht begründet ist, eine weitere Umsetzung durch Landesrecht nicht erfolgt, die Abgabe jedoch von den Ländern erhoben wird, werden in das Bestandsverzeichnis des Bundes aufgenommen.

Anlage 8

zu BMF - II A 1 - H 1105/10/10005 :001

DOK 2011/0001348

[Ressort]

Hinweis: Vor Übersendung an BMF bitte die Erläuterungen und Beispiele löschen!**Zusammenfassung Personalanforderungen zum Haushaltsentwurf 2012**

hier: Einzelplan xx

Stellenforderungen zum Haushalt 2012 - Bereich oberste Bundesbehörden

Kapitel (Kurz- bez.)	angefordert			Haltung BMF		Aufgabenschwerpunkte/ Bemerkungen
	Art	Anzahl	Bes./E.-Gr.	Anzahl	Bes./E.-Gr.	

Stellenforderungen zum Haushalt 2012 - Nachgeordneter Bereich

Kapitel (Kurz- bez.)	angefordert			Haltung BMF		Aufgabenschwerpunkte/ Bemerkungen
	Art	Anzahl	Bes./E.-Gr.	Anzahl	Bes./E.-Gr.	

*) N = Neue Planstellen/Stellen	Us = Umsetzungen von Planstellen/St.	kw [ku] = Neue kw- [ku-] Vermerke
N/kw = Neue Planstellen/Stellen	Us/kw = Umsetzungen von Planstellen/Stellen	L = Neue Leerstellen
[N/ku] mit kw- [ku-] Vermerk	[Us/ku] mit kw- [ku-] Vermerk	La = Leerstellenanpassungen
W = Wegfall von Planstellen/Stellen	Uw = Umwandlungen	LUs = Leerstellenumsetzungen
W/kw = Wegfall von Planstellen/Stellen	H = Hebungen	We = Wechselstellen
[W/ku] mit kw- [ku-] Vermerk	A = Absenkungen	

Stellenforderungen zum Haushalt 2012 - Institutionell geförderte Zuwendungsempfänger

Kap/Tit Erl.-Nr. (Kurz- bez.)	angefordert			Haltung BMF		Aufgabenschwerpunkte/ Bemerkungen
	Art	Anzahl	Bes./E.-Gr.	Anzahl	Bes./E.-Gr.	

Zusätzliche Hinweise:

- Aufzunehmen sind folgende Stellenplanveränderungen: Neue Planstellen/Stellen; Wegfall von Planstellen/Stellen; Neue ku-/kw-Vermerke; Hebungen/Absenkungen, Umsetzungen, Umwandlungen von Planstellen/Stellen; Ausbringung und Anpassung von Leerstellen, die im Haushaltsvollzug nicht möglich sind. Dabei sind die Verlängerung und der Wegfall von kw-Vermerken als Ausbringung neuer Planstellen/Stellen mit/ohne kw-Vermerk gegen Wegfall der bisherigen Planstellen/Stellen mit kw-Vermerk darzustellen.
- Die Erfassung von technischen Stellenplanveränderungen (wie z.B. das Wirksamwerden von kw-Vermerken, der Wegfall von Leerstellen, die Regelbewilligung von Altersteilzeitersatz(plan)stellen bzw. das Nachvollziehen von bereits im Haushaltsvollzug bewilligten Stellenplanveränderungen) ist nicht erforderlich.
- Detaillierte bzw. ergänzende Begründungen und Erläuterungen zu den Stellenplanveränderungen (z.B. Personalbedarfsberechnung; Dienstpostenbewertung/Arbeitsplatzbeschreibung; Kostenvergleichsberechnungen; ggf. weitere finanzielle Auswirkungen) sind formlos als gesonderte Anlage beizufügen.
- Die Spalte „Haltung BMF“ ist beim Voranschlag unberücksichtigt zu lassen; sie dient der Vorbereitung der Haushaltsgespräche.

*)	N	=	Neue Planstellen/Stellen	Us	=	Umsetzungen von Planstellen/St.	kw [ku]	=	Neue kw- [ku-] Vermerke
	N/kw	=	Neue Planstellen/Stellen	Us/kw	=	Umsetzungen von Planstellen/Stellen	L	=	Neue Leerstellen
	[N/ku]	=	mit kw- [ku-] Vermerk	[Us/ku]	=	mit kw- [ku-] Vermerk	La	=	Leerstellenanpassungen
	W	=	Wegfall von Planstellen/Stellen	Uw	=	Umwandlungen	LUs	=	Leerstellenumsetzungen
	W/kw	=	Wegfall von Planstellen/Stellen	H	=	Hebungen	We	=	Wechselstellen
	[W/ku]	=	mit kw- [ku-] Vermerk	A	=	Absenkungen			

Muster

Kapitel (Kurz- bez.)	angefordert			Haltung BMF		Aufgabenschwerpunkte/ Bemerkungen
	Art	Anzahl	Bes./E.-Gr.	Anzahl	Bes./E.-Gr.	

Beispiel für neue Planstellen/Stellen

<u>0701</u> (BMJ)	N/kw	+ 5	A 15, A 14, A 13 g, A 9 m (2), alle kw 31.12.2013			Informationstechnik; Aufbau einer Daten- bank im Bereich
	N	+ 2	E 6, E 5			IT-Referat, Anwenderbetreuung

Beispiel für neue Planstellen/Stellen (mit Ausgleich)

<u>0801</u> (BMF)	N	+ 3	A 13 g, A 12, A 11 <u>Ausgleich:</u> Wegfall A 15 (2), A 7			Koordinierungsaufgaben im Zusammen- hang mit der Bekämpfung illegaler Be- schäftigung. Finanzneutrale Ausgestal- tung durch entsprechenden Stellenaus- gleich.
<u>1214</u> (DWD)	N	+ 3	A 13 g, A 12, A 11 <u>Ausgleich:</u> Wegfall A 15 (2), A 7 bei Kap. 1221			Neue Aufgabe im Bereich ...

Beispiel für Umsetzung

<u>0801</u> (BMF)	Us	- 1	A 13 g			Sachbearbeiter Bundeshauptkasse (Um- setzung nach Kap. 0803)
	Us	+ 1	E 9			Bibliothekarin (Umsetzung von Kap. 0808 im Zuge der Zusammenfassung der Bi- bliotheksbereiche am Standort Bonn)

Beispiel für „Schieben“ von kw-Vermerken

<u>0608</u> (StBA)	N/kw	+ 3	A 11 (3), alle kw 31.12.2014 <u>Ausgleich:</u> Wegfall A 11 (3), alle kw 31.12.2013			Asylbewerberleistungsstatistik (Fortdauer der Aufgabe)
-----------------------	------	-----	---	--	--	---

Beispiel für Wegfall von kw-Vermerken (als Ausbringung neuer Planstellen/Stellen)

<u>0503</u> (AusIV)	N	+ 3	A 11 (3) <u>Ausgleich:</u> Wegfall A 11 (3), alle kw 31.12.2012			Überprüfung von VISA-Anträgen (Dauer- aufgabe)
------------------------	---	-----	--	--	--	---

Beispiel für Wegfall von Stellen

<u>0610</u> (BKA)	W	- 6	A 13 g, A 7, E 10, E 9, E 8 (2)			Wegfall aufgrund Organisationsprüfung (IT-Bereich)
----------------------	---	-----	------------------------------------	--	--	---

*) N	=	Neue Planstellen/Stellen	Us	=	Umsetzungen von Planstellen/St.	kw [ku]	=	Neue kw- [ku-] Vermerke
N/kw	=	Neue Planstellen/Stellen	Us/kw	=	Umsetzungen von Planstellen/Stellen	L	=	Neue Leerstellen
[N/ku]	=	mit kw- [ku-] Vermerk	[Us/ku]	=	mit kw- [ku-] Vermerk	La	=	Leerstellenanpassungen
W	=	Wegfall von Planstellen/Stellen	Uw	=	Umwandlungen	LUs	=	Leerstellenumsetzungen
W/kw	=	Wegfall von Planstellen/Stellen	H	=	Hebungen	We	=	Wechselstellen
[W/ku]	=	mit kw- [ku-] Vermerk	A	=	Absenkungen			

Muster (Forts.)

Kapitel (Kurz- bez.)	angefordert			Haltung BMF		Aufgabenschwerpunkte/ Bemerkungen
	Art	Anzahl	Bes./E.-Gr.	Anzahl	Bes./E.-Gr.	

Beispiel für neue kw-Vermerke

0601 kw + 3 E 12 (2), E 11
(BMI)

Neue kw-Vermerke aufgrund Organisationsuntersuchung (Bereich Sportförderung)

Beispiel für Hebung

0903 H 5 E 10 nach E 11 (5)
(PTB) Ausgleich:
Wegfall E 9 (1)

IT-Sachbearbeitung (tarifvertraglicher Anspruch)

Beispiel für Umwandlung

0903 Uw 1 E 14 nach A 14
(PTB)

Übernahme des Stelleninhabers in das Beamtenverhältnis

Beispiel für neue Leerstellen

0901 L + 1 A 13 g
(BMWi)

Deutscher Beamtenbund

Beispiel für Leerstellenanpassung

0901 La 1 A 14 nach A 15
(BMWi)

Bundeskanzleramt

*)	N	=	Neue Planstellen/Stellen	Us	=	Umsetzungen von Planstellen/St.	kw [ku]	=	Neue kw- [ku-] Vermerke
	N/kw	=	Neue Planstellen/Stellen	Us/kw	=	Umsetzungen von Planstellen/Stellen	L	=	Neue Leerstellen
	[N/ku]	=	mit kw- [ku-] Vermerk	[Us/ku]	=	mit kw- [ku-] Vermerk	La	=	Leerstellenanpassungen
	W	=	Wegfall von Planstellen/Stellen	Uw	=	Umwandlungen	LUs	=	Leerstellenumsetzungen
	W/kw	=	Wegfall von Planstellen/Stellen	H	=	Hebungen	We	=	Wechselstellen
	[W/ku]	=	mit kw- [ku-] Vermerk	A	=	Absenkungen			

ODA-Anmeldung - in TEUR -

Ressort	2012		2013		2014		2015	
	bereits im Finanzplan enthaltene ODA-relevante Mittel	zusätzliche Mittel ggü. geltendem Finanzplan	bereits im Finanzplan enthaltene ODA-relevante Mittel	zusätzliche Mittel ggü. geltendem Finanzplan	bereits im Finanzplan enthaltene ODA-relevante Mittel	zusätzliche Mittel ggü. geltendem Finanzplan	bereits im Finanzplan enthaltene ODA-relevante Mittel	zusätzliche Mittel ggü. Fortschreibung des geltenden Finanzplans 2014
Bpräs	Epl. 01							
DBtG	Epl. 02							
BRat	Epl. 03							
BK	Epl. 04							
AA	Epl. 05							
BMI	Epl. 06							
BMJ	Epl. 07							
BMF	Epl. 08							
BMWi	Epl. 09							
BMELV	Epl. 10							
BMAS	Epl. 11							
BMVBS	Epl. 12							
BMVg	Epl. 14							
BMG	Epl. 15							
BMU	Epl. 16							
BMFSFJ	Epl. 17							
BVerfG	Epl. 19							
BRH	Epl. 20							
BMZ	Epl. 23							
BMBF	Epl. 30							
BSchuld	Epl. 32							
Allg. Finanzverwaltung	Epl. 60							
Summe insgesamt		0	0	0	0	0	0	0

Leerseite
(aus drucktechnischen Gründen eingefügt)

Veranschlagung von Gebühreneinnahmen

Kapitel / Titel	Zweckbestimmung	Soll 2012			Soll 2011		Ist 2010
					- in T € -		
	hiervon anteilig:						
	Rechtsgrundlage (i. d. R. Gebühren VO)	Gebührenregelung zuletzt geändert	Änderung geplant (ja/nein)	Kosten- deckungsgrad *)			

*) Angabe des Kostendeckungsgrades bezogen auf die einzelnen Gebühren-/ Entgeltvorschriften. Soweit noch keine entsprechenden Daten der Kosten-/ Leistungsrechnung vorliegen, sind qualifizierte Schätzungen vorzunehmen.

Leerseite
(aus drucktechnischen Gründen eingefügt)

**Neue Unterbringungsmaßnahmen im Einheitlichen Liegenschaftsmanagement (ELM);
Ablaufplan für die Veranschlagung von Darlehen und Mieten bei Durchführung einer
Eigenbaumaßnahme oder eines ÖPP-Projektes**

Nach Ziffer 14 der Anlage 1 sind neue Unterbringungsfälle für Dienststellen des Bundes im Inland im Rahmen des ELM abzuwickeln. Dies gilt unabhängig davon, ob ein Nutzer seine Liegenschaften bereits in das ELM überführt hat oder nicht. Neuer Unterbringungsbedarf, z. B. wegen neuer oder veränderter Aufgaben oder aus Gründen der Bestandsoptimierung, wird durch eine der folgenden Maßnahmen gedeckt:

- Vermietung einer eigenen Liegenschaft der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (Bundesanstalt) an den Nutzer zur ortsüblichen Vergleichsmiete oder Kostenmiete bei Spezialliegenschaften;
- Anmietung einer Liegenschaft von einem Dritten durch die Bundesanstalt (anschließend Vermietung durch die Bundesanstalt an den Nutzer);
- Darlehensfinanzierter Eigenbau des Bundes im Rahmen des ELM mit der Bundesanstalt als Bauherrin (anschließend Vermietung durch die Bundesanstalt an den Nutzer);
- ÖPP-Projekt bei Abwicklung durch die Bundesanstalt ggf. unter Beteiligung der Partnerschaften Deutschland (PD)
- Kauf einer Liegenschaft durch die Bundesanstalt (anschließend Vermietung durch die Bundesanstalt an den Nutzer) wie im Schreiben II B 5 – Fi 0723/06/0003
DOK 2008/0044271 dargestellt;

Die folgenden Ausführungen beziehen sich vor allem auf die unter Tired 3 (nachfolgend Buchstabe a) und Tired 4 (nachfolgend Buchstabe b) genannten Unterbringungsvarianten. Wird im Folgenden keine Differenzierung vorgenommen, gelten die Ausführungen für beide Unterbringungsvarianten gleichermaßen.

- a) Führt die Bundesanstalt eine Baumaßnahme als Bauherrin durch (Eigenbau), erhält sie nach den ELM-Grundsätzen ein Darlehen, das im Einzelplan 60 (Kap. 6004 Tit. 861 02) veranschlagt wird.
- b) Führt die Bundesanstalt ein ÖPP-Projekt durch, hat sie für ihre vertraglichen Verpflichtungen gegenüber privaten Investoren in ihrem Wirtschaftsplan Vorsorge zu treffen. Für ggf. erforderliche Anschubfinanzierungen muss im Kap. 6004 Tit. 861 02 zugunsten der Bundesanstalt Vorsorge getroffen sein.

Gleichzeitig hat das nutzende Ressort in seinem Einzelplan (Titel 518 .2) die Miet-VE zu veranschlagen und die Baumaßnahme und den ihr zugrunde liegenden Bedarf gegenüber den parlamentarischen Gremien zu vertreten. In den Titelerläuterungen sind die Baumaßnahme

und ihr Verlauf darzustellen. Vorzusehen ist in der Regel eine 30-jährige Mietzeit. Die erstmalige Mietzahlung wird mit der Bezugsfertigkeit des Neubaus und Abschluss des Mietvertrags fällig.

Der Ablauf bis zur Veranschlagung des Mittelbedarfs im Einzelplan 60 (Darlehen) sowie im Einzelplan des nutzenden Ressorts (Miete) gestaltet sich bei großen Baumaßnahmen im Einzelnen in folgenden Schritten (Ausnahmen hierzu sind nur in besonders zu begründenden Einzelfällen zulässig – siehe auch Nr. 11):

1.

Das Ressort trifft intern die grundsätzliche Entscheidung über den neuen Unterbringungsbedarf. Es legt die zu erfüllenden Anforderungen im Einzelnen (Raumbedarf, Standortpräferenzen, Sicherheitsanforderungen, Sonderbedarf, spezielle Anforderungen an die Gebäude/Bauteile etc.) fest. Bei umfangreichen Maßnahmen sollte das Ressort der Empfehlung der RBBau Abschnitt E/Nr. 2.2 folgend zur Vermeidung von Fehlplanungen eine Vorabklärung des Unterbringungsbedarfs mit BMF (Spiegelreferat und II B 4) herbeiführen. Das Spiegelreferat prüft, ob es das Ressort um Begründung des voraussichtlichen Finanzbedarfs bittet.

Danach hat sich das Ressort zur Realisierung des Vorhabens im Rahmen des ELM an die Bundesanstalt (nachrichtlich: PAG BImmo) zu wenden.

2.

Die Bundesanstalt führt für die im Einzelfall in Betracht kommenden Unterbringungsalternativen Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen nach § 7 Abs. 2 BHO auch unter Berücksichtigung der für die Mietdauer voraussichtlich anzusetzenden Betriebskosten durch. Die Eignung der Maßnahme als ÖPP-Projekt ist durch eine Eignungsprüfung nachzuweisen, die von der Bundesanstalt selbst oder Dritten, wie beispielsweise der PD durchgeführt werden kann. Bei großen Baumaßnahmen hat die Bundesanstalt nach den Vorschriften der RBBau (Abschnitt E) auf der Grundlage der Ressortanforderungen mit baufachlicher Unterstützung der Bauverwaltung eine Entscheidungsunterlage - Bau (ES-Bau) aufzustellen. Die Übernahme der anfallenden Kosten hat das Ressort zuvor zu Lasten seines Einzelplans (soweit mehrere Bedarfsträger betroffen sind - verursachergerecht nach den jeweiligen Planungsanteilen) zuzusagen. In der ES-Bau sind die realisierbaren Alternativen der Bedarfsdeckung - wie eingangs dargestellt - zu dokumentieren sowie kostenmäßig und funktional zu bewerten. Um bei umfangreichen Maßnahmen für den Unterbringungsvariantenvergleich eine Wirtschaftlichkeitsuntersuchung durchführen zu können, sind die voraussichtlichen Kosten der Eigenbaulösung und ggf. vorgetragene nicht-monetäre Aspekte des Nutzers vor der eigentlichen Anerkennung der ES-Bau mit BMVBS und BMF (II B 4) abzustimmen.

3.

Die Bundesanstalt unterbreitet dem Ressort das Ergebnis der Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen und leitet das Ergebnis auch dem im BMF zuständigen Spiegelreferat zu. Gleichzeitig gibt die Bundesanstalt dem Ressort die nach Baufertigstellung und Abschluss des Mietvertrags voraussichtlich zu zahlende Miete bekannt. Soweit nach dem Ergebnis der Wirtschaftlichkeitsuntersuchung eine Realisierung als ÖPP-Projekt vorgeschlagen wird, handelt es sich um eine vorläufige Wirtschaftlichkeitsuntersuchung.

4.

Das nutzende Ressort entscheidet über die aus seiner Sicht am besten geeignete Unterbringungsvariante auf Basis der (vorläufigen) Wirtschaftlichkeitsuntersuchung der Bundesanstalt.

- a) Fällt die Entscheidung für eine Eigenbaumaßnahme, hat die Bundesanstalt die baufachliche Genehmigung der ES-Bau und Kostenfestsetzung durch BMVBS herbeizuführen.
- b) Fällt die (vorläufige) Entscheidung für eine Realisierung als ÖPP-Projekt, werden die weiteren erforderlichen Schritte zur Durchführung als ÖPP-Projekt von der Bundesanstalt beauftragt (Ausschreibung und abschließende Wirtschaftlichkeitsuntersuchung).

5.

- a) Die Bundesanstalt beantragt die haushaltsmäßige Anerkennung der ES-Bau mit zwei Exemplaren der ES-Bau über die PAG BImmo beim für die Anerkennung nach § 24 BHO zuständigen Referat II B 4 im BMF (PAG BImmo → II B 4; nachrichtlich: Z A 3, II B 5).
- b) Die Bundesanstalt beantragt die haushaltsmäßige Zustimmung zur Durchführung des ÖPP-verfahrens über die PAG BImmo beim für die Anerkennung nach § 24 BHO zuständigen Referat II B 4 im BMF (PAG BImmo → II B 4; nachrichtlich: Z A 3, II B 5).

6.

Das Ressort nimmt die Miete (in der Regel als VE für 30 Jahre) in seinen Haushaltsvoranschlag auf und legt diesen dem zuständigen Spiegelreferat des BMF vor.

- a) Gleichzeitig meldet die Bundesanstalt nach entsprechender Aufforderung durch das Ressort den Darlehensbedarf als Beitrag zum Haushaltsvoranschlag zu Kapitel 6004 Tit. 861 02 und legt ihn dem BMF (PAG BImmo → Z A 3 → II B 5) vor.
- b) Sofern die nach dem Ergebnis der vorläufigen Wirtschaftlichkeitsuntersuchung wirtschaftlichste ÖPP-Variante eine Anschubfinanzierung vorsieht, ist für diese wie unter 7 a) zu verfahren. Im Übrigen ist Haushaltsvorsorge im Wirtschaftsplan der Bundesanstalt zu treffen.

7.

II B 5 teilt dem Spiegelreferat - mit Blick auf die Haushaltsverhandlungen - das Prüfungsergebnis von II B 4

- a) zur ES-Bau mit einem Exemplar der Bauunterlage oder
- b) zur Anerkennung der bedarfsbegründenden Unterlagen

mit.

Im Rahmen der Haushaltsverhandlungen stimmen sich II B 5 und das Spiegelreferat über die Veranschlagung des Mittelbedarfs für Darlehen und Mieten im Entwurf des Bundeshaushalts ab (Muster einer VE vgl. Kap. 6004 Tit. 518 02).

8.

Das Ressort schließt - nach In-Kraft-Treten des Haushalts - auf der Basis der im Nutzerhaushalt ausgebrachten Verpflichtungsermächtigung mit der Bundesanstalt eine Infrastrukturvereinbarung ab, deren Gegenstand insbesondere die Zusage des Ressorts ist, das nach seinen in der ES - Bau niedergelegten Vorgaben errichtete Bauwerk bei Bezugsfertigkeit abzunehmen und anzumieten.

9.

- a) Die Bundesanstalt wird Bauherrin und Auftraggeberin gegenüber der Bauverwaltung des Landes bzw. dem BBR für eine konventionelle Eigenbaumaßnahme, das nach deren Fertigstellung vom Nutzer bezogen wird. Vor Besitzübernahme durch den Nutzer ist zwischen der Bundesanstalt und dem Nutzer ein ELM-Mietvertrag zu schließen. Entsprechend den vereinbarten Regelungen sind die Mietzahlungen aufzunehmen.
- b) Die Bundesanstalt wird der öffentliche Partner des ÖPP-Projektes und schließt den ÖPP-Vertrag mit dem Privaten ab, wenn nach dem Ergebnis der abschließenden Wirtschaftlichkeitsuntersuchung der nach der ÖPP-Ausschreibung wirtschaftlichste Bieter gemäß den in der Ausschreibung festgelegten Kriterien auch im Vergleich zur Eigenbaulösung wirtschaftlicher ist. Dies erfordert die Anerkennung der ES-Bau als ÖPP-Projekt durch BMF (II B 4).

Der Nutzer zahlt die Miete nach Fertigstellung der Baumaßnahme und Bezug an die Bundesanstalt (vgl. lit. a) Satz 2).

Sollte entgegen der (vorläufigen) Entscheidung nach 5. b) der Eigenbau wirtschaftlicher sein, ist die Anerkennung der ES-Bau nach den Schritten 5. a) ff. weiter zu verfolgen.

10.

Sofern für den reibungslosen Ablauf des Projektes in einem besonders zu begründenden Einzelfall eine Veranschlagung vor haushaltsmäßiger Anerkennung der ES-Bau oder Anerkennung zur Durchführung des ÖPP-Verfahrens notwendig ist, kann diese mit Zustimmung BMF (Federführend Spiegelreferat; II B 4, II B 5; Z A 3, PAG BImmo) erfolgen. Unabhängig davon, ob ÖPP in Betracht kommt, ist die Maßnahme wie ein Eigenbau zu veranschlagen.

11.

Die bestehenden, laufenden Kooperationsverfahren mit der Wirtschaft (ÖPP-Maßnahmen) im Infrastrukturbereich der Bundeswehr werden vertragsgemäß durch die Bundeswehr weitergeführt und sind auch nicht Gegenstand der Dachvereinbarung zwischen BMVg, BMF und Bundesanstalt. Danach werden investive militärische Baumaßnahmen in den Dienstliegenschaften weiterhin durch BMVg als eigenfinanzierte Baumaßnahmen aus dem Einzelplan 14 durchgeführt.

Für zukünftige infrastrukturbezogene militärische ÖPP-Maßnahmen verbleibt die Zuständigkeit nach der in der o. g. Dachvereinbarung getroffenen Aufgabenverteilung auch weiterhin beim BMVg, wohingegen zukünftige nicht-militärische Baumaßnahmen in der Verantwortung der Bundesanstalt durchgeführt werden.

Die Bundesanstalt wird bei allen zukünftigen ÖPP-Projekten der Bundeswehr von Beginn an einbezogen, soweit ihre Zuständigkeit nach Maßgabe dieser Dachvereinbarung berührt ist.

Leerseite
(aus drucktechnischen Gründen eingefügt)

Aufstellung des Bundeshaushalts 2012 und des Finanzplans bis 2015:
Zahlungen in fremder Währung

Gemäß Nr. 4.10 HRB sind wechsellkursabhängige Ansätze unter Zugrundelegung folgender Umrechnungskurse zu veranschlagen:

a) Referenzkurse der Europäischen Zentralbank vom 31. Dezember 2010

(Quelle: EZB)

Land	Euro =	Fremdwährung	Fremdwährung =	Euro
USA	1 € =	1,33620 USD	1 USD =	0,74839 €
Japan	1 € =	108,65000 JPY	100 JPY =	0,92039 €
Bulgarien	1 € =	1,95580 BGN	1 BGN =	0,51130 €
Tschechien	1 € =	25,06100 CZK	100 CZK =	3,99026 €
Dänemark	1 € =	7,45350 DKK	100 DKK =	13,41652 €
Estland	1 € =	15,64660 EEK	100 EEK =	6,39116 €
Großbritannien	1 € =	0,86075 GBP	1 GBP =	1,16178 €
Ungarn	1 € =	277,95000 HUF	100 HUF =	0,35978 €
Litauen	1 € =	3,45280 LTL	1 LTL =	0,28962 €
Lettland	1 € =	0,70940 LVL	1 LVL =	1,40964 €
Polen	1 € =	3,97500 PLN	1 PLN =	0,25157 €
Rumänien	1 € =	4,26200 RON	1 RON =	0,23463 €
Schweden	1 € =	8,96550 SEK	100 SEK =	11,15387 €
Schweiz	1 € =	1,25040 CHF	1 CHF =	0,79974 €
Norwegen	1 € =	7,80000 NOK	10 NOK =	1,28205 €
Kroatien	1 € =	7,38300 HRK	10 HRK =	1,35446 €
Russische Föderation	1 € =	40,82000 RUB	100 RUB =	2,44978 €
Türkei	1 € =	2,06940 TRY	1 TRY =	0,48323 €
Australien	1 € =	1,31360 AUD	1 AUD =	0,76127 €
Brasilien	1 € =	2,21770 BRL	1 BRL =	0,45092 €
Kanada	1 € =	1,33220 CAD	1 CAD =	0,75064 €
China	1 € =	8,82200 CNY	10 CNY =	1,13353 €
Hongkong	1 € =	10,38560 HKD	100 HKD =	9,62872 €
Indonesien	1 € =	12.002,14000 IDR	1.000 IDR =	0,08332 €
Indien	1 € =	59,75800 INR	100 INR =	1,67342 €
Korea, Rep.	1 € =	1.499,06000 KRW	1.000 KRW =	0,66708 €
Mexiko	1 € =	16,54750 MXN	100 MXN =	6,04321 €
Malaysia	1 € =	4,09500 MYR	1 MYR =	0,24420 €
Neuseeland	1 € =	1,72000 NZD	1 NZD =	0,58140 €
Philippinen	1 € =	58,30000 PHP	100 PHP =	1,71527 €
Singapur	1 € =	1,71360 SGD	1 SGD =	0,58357 €
Thailand	1 € =	40,17000 THB	100 THB =	2,48942 €
Südafrika	1 € =	8,86250 ZAR	10 ZAR =	1,12835 €

b) Wert eines Sonderziehungsrechtes des Internationalen Währungsfonds vom ¹⁾ 30. Dezember 2010

(Quelle: IWF und weiterhin im Bundesanzeiger)

¹⁾ IWF-Jahresschlusskurs

1 SZR (XDR) = 1,15966 €

Anlage 12

zu BMF - II A 1 - H 1105/10/10005 :001
DOK 2011/0003180

Leerseite
(aus drucktechnischen Gründen eingefügt)

Stelleneinsparung bei den institutionell geförderten Zuwendungsempfängern und sonstigen entsprechend geförderten Einrichtungen

Bei den Zuwendungsempfängern sind im Regierungsentwurf 2012 je Einzelplan folgende Einsparungen zu erbringen:

1. 1,5 Prozent der ausgebrachten Planstellen/Stellen für Dauerpersonal (Nachvollziehen der pauschalen Stelleneinsparung 2011 in der unmittelbaren Bundesverwaltung),
2. 0,4 Prozent der ausgebrachten Planstellen für Beamtinnen und Beamte (Nachvollziehen der zusätzlichen Stelleneinsparung 2011 aufgrund der Verlängerung der Wochenarbeitszeit für Beamtinnen und Beamte auf 40 Stunden).

Einrichtungen mit weniger als 70 Planstellen/Stellen für Dauerpersonal bleiben von den Einsparungen ausgenommen.

Grundlage für die Berechnung der Einsparungen ist das Planstellen-/Stellensoll 2011. Planstellen/Stellen, die einen kw-Vermerk tragen, sind in die Berechnung nicht einzubeziehen. Die ermittelte Gesamteinsparung (Summe aus 1. und 2.) kann einrichtungsbezogen auf ganze Stellen abgerundet werden.

Die Einsparungen bei den Planstellen können auch bei Stellen, die Einsparungen bei den Stellen können auch bei den Planstellen erbracht werden.

Soweit im Einzelfall bei den gemeinsam von Bund und Ländern finanzierten Einrichtungen, in denen der Bund lediglich eine Minderheitsfinanzierung besitzt, Stelleneinsparungen im Hinblick auf die ablehnende Haltung der Länder nicht durchsetzbar sind und der Aufgabenbereich der Einrichtung die Beibehaltung des bisherigen Stellenbestandes rechtfertigt, kann auf die Stelleneinsparung verzichtet werden, wenn der hierdurch entstehende Ausgabenmehrbedarf durch Umschichtung gedeckt werden kann. In einem solchen Fall bleibt das Stellensoll dieses Zuwendungsempfängers bei der Berechnung der Einsparungen unberücksichtigt.

Planstellen und Stellen, die mit kw-Vermerk versehen sind, dürfen zur Erfüllung der Einsparquoten nicht eingespart werden. Planstellen und Stellen, die aufgrund der Beendigung der institutionellen Förderung nicht mehr benötigt werden, können nicht auf die Einsparungen angerechnet werden, wenn die Einrichtungen weiterhin im Wege der Projektförderung finanziert werden. Die Bemessungsgrundlage vermindert sich jedoch um das jeweilige Planstellen-/Stellensoll 2011.

